

Ein Mandat für die Republikaner?

Ergebnis und Konsequenzen der Kongreßwahlen in den USA

Michael Kolkmann

Die amerikanischen Kongreßwahlen vom 2. November 2004 haben der Republikanischen Partei einen bedeutenden Sieg beschert. Sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat konnte sie ihre Mehrheiten ausbauen. Diese neuen, deutlicheren Mehrheiten führen jedoch nicht zwangsläufig zu einer engeren Kooperation des Kongresses mit dem Weißen Haus. Vielmehr könnten sich auf einer Reihe von Feldern wie dem der Richterernennungen oder der Steuerpolitik Konflikte entwickeln. Der Erfolg der Bush-Administration wird also maßgeblich von ihrer Fähigkeit abhängen, den republikanisch dominierten Kongreß für ihre Projekte zu gewinnen.

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl am 2. November 2004 verkündete Präsident George W. Bush in einer Pressekonferenz, daß er von den amerikanischen Wählern mit seinem Wahlsieg »politisches Kapital« erhalten habe, das er unverzüglich zu nutzen gedenke, um seine politische Agenda umzusetzen. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die neuen, größeren Mehrheiten seiner Partei in den beiden Kammern des amerikanischen Parlaments. Warum haben die Republikaner ihre Mehrheiten ausbauen können? Wie sehen diese neuen Mehrheiten politisch aus? Und was bedeuten sie für die politische Arbeit im Kongreß, aber auch für die Interaktion zwischen Parlament und Präsident?

Das Repräsentantenhaus nach der Wahl

Bereits zu Beginn des Wahlkampfes war es unwahrscheinlich, daß die Republikaner ihre knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus verlieren würden. Allerdings gingen Beobachter davon aus, daß die Demokraten den Abstand zu den Republikanern verkürzen könnten. Dies war ihnen bei jeder Wahl gelungen, seitdem die Republikaner 1994 nach vierzig Jahren als Minderheitspartei die Mehrheit im Repräsentantenhaus übernommen hatten. Bei der diesjährigen Wahl haben die Demokraten dieses Ziel nicht nur verfehlt, sie haben gegenüber den Republikanern sogar weitere Sitze eingebüßt.

Die Republikaner konnten insgesamt vier Mandate hinzugewinnen. Sie verfügen nun über eine Mehrheit von 233 zu 201 Sitzen; 218 Stimmen sind für die Verabschiedung einer Gesetzesvorlage notwendig. Ein

Sitz wird weiterhin von dem Unabhängigen Bernie Sanders aus Vermont gehalten.

Eingeschränkte Wettbewerbsfähigkeit

Nur 35 der 435 Wahlkreise des Repräsentantenhauses waren in diesem Jahr umstritten, in dem Sinne, daß beide Parteien eine reelle Chance hatten, den Wahlkreis für sich zu gewinnen. In weiteren 29 Wahlkreisen war der jeweilige Abgeordnete stark favorisiert, in den übrigen 371 Wahlkreisen waren die Amtsinhaber nicht gefährdet. Eine Chance auf die Mehrheit hätten die Demokraten nur dann gehabt, wenn sie alle kompetitiven Wahlkreise für sich entschieden und gleichzeitig die eigenen gefährdeten Mandate verteidigt hätten. Dies ist ihnen aber nicht annähernd gelungen.

Mit der Wahl 2004 setzt sich eine Tendenz fort, die seit mehreren Wahlzyklen zu beobachten ist. Im Wahljahr 2000 gab es noch 50 Wahlkreise mit echter Konkurrenz, 1992 waren es sogar noch 100. In lediglich zwölf Wahlkreisen gewann 2004 der Sieger mit weniger als zehn Prozentpunkten Vorsprung. Aufgrund der zunehmenden parteilichen Homogenität in den Wahlkreisen findet die wirkliche Auswahl des künftigen Mandatsinhabers heute in den Vorwahlen der dominierenden Partei statt, nicht mehr in der Hauptwahl. Dies führt dazu, daß die nominierten Demokraten deutlich nach links und ihre republikanischen Kontrahenten deutlich nach rechts tendieren, da sie sich bei der Basis der eigenen Partei durchsetzen müssen. Ist die Vorwahl gewonnen, können die Kandidaten der überlegenen Partei relativ sicher sein, auch die Hauptwahl für sich zu entscheiden.

Vorteile für die Amtsinhaber

Die hohe Wiederwahlquote im Repräsentantenhaus beruht auf zwei Faktoren: den Amtsvorteilen der Kongreßmitglieder und der regelmäßigen Revision der der Wahlkreisgrenzen (*Redistricting*).

(1) Den Amtsinhabern bieten sich im Vergleich zu ihren Herausforderern große

Vorteile: Sie besitzen im Wahlkreis eine größere Sichtbarkeit und erhalten qua Amt finanzielle Unterstützung für Wahlkreisbüros, kostenlose Briefsendungen an die Wähler und Bundesgelder für Projekte im Wahlkreis. 47 Mandatsinhaber hatten für den diesjährigen Wahlkampf mehr als eine Million US-Dollar zur Verfügung, in 21 Wahlkreisen verfügten die jeweiligen Herausforderer über weniger als 10.000 US-Dollar für die letzten vier Wochen des Wahlkampfs.

(2) Wirkungsvoller noch als diese Amtsvorteile ist das Modellieren der Wahlkreise. Alle zehn Jahre werden die Wahldistrikte, basierend auf einer Volkszählung, neu zugeschnitten, damit sie über eine annähernd gleich große Zahl an Wählern verfügen. Besonders folgenreich für die Wahl 2004 war die Revision der Wahlkreise in Texas. Dort hatte das Parlament des Bundesstaats mit seiner republikanischen Mehrheit unter Rückgriff auf einen Plan des Mehrheitsführers im Repräsentantenhaus in Washington, Tom DeLay, die Wahlkreise zugunsten der Republikanischen Partei zugeschnitten. Dabei wurden bisherigen Amtsinhabern der Demokraten stark republikanisch geprägte Wahlkreise zugeordnet. Allein vier der fünf bei der Wahl am 2. November gescheiterten demokratischen Abgeordneten verloren ihren Wahlkreis in Texas. Mit der rechtlichen Zulässigkeit der Neuregelung der Wahlkreisgrenzen in diesem Bundesstaat befaßt sich derzeit der Oberste Gerichtshof in Washington.

Parteipolitik

Die Republikaner im Repräsentantenhaus thematisierten im Verlauf ihres Wahlkampfes fast ausschließlich die Prioritäten der Bush-Administration, insbesondere die beschlossenen Steuersenkungen, das letztjährige Gesetz zur Gesundheitsreform und das *Leave No Child Behind*-Gesetz zur Bildungspolitik. Nach Aussage des republikanischen Mehrheitsführers Tom DeLay war die Wahl vom 2. November 2004 eine »Bestätigung und Ausweitung der republika-

nischen Agenda«. Sein Kollege Mike Pence aus Indiana sieht in dem Wahlergebnis ein »Mandat für eine landesweite konservative Führung«. Die strikten parlamentarischen Regeln des Repräsentantenhauses werden es der konservativen und straff organisierten Führungsmannschaft der Republikaner erlauben, den Kurs der letzten vier Jahre fortzusetzen. Hilfreich wird dabei die im Vergleich zum Senat größere Polarisierung innerhalb des Repräsentantenhauses sein, die sich aus der mit zwei Jahren relativ kurzen Amtszeit und den dort gegebenen Möglichkeiten erklärt, die eigene politische Agenda als Mehrheitspartei quasi ohne Mitwirken der Opposition zur Abstimmung zu bringen.

Der Senat nach der Wahl

Zu Beginn des Wahljahres 2004 war die Ausgangslage der Republikaner im Senat günstig. Von den 34 Sitzen, die am 2. November 2004 turnusmäßig zur Wahl standen, mußten die Demokraten 19, die Republikaner 15 verteidigen. Fünf demokratische Senatoren traten nicht mehr an. Diese fünf offenen Sitze (*Open Seats*) befanden sich alle im Süden der USA, der sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend den Republikanern zugewendet hat. Im Laufe des Wahlkampfes zeichnete sich ab, daß es den Demokraten gelungen war, außerhalb des Südens zugkräftige Herausforderer aufzustellen, so daß die Möglichkeit einer demokratischen Mehrheit im Senat durchaus in Reichweite schien. In Illinois etwa gelang es Barack Obama, der nach einem gelungenen Parteitagsauftritt im Sommer als Zukunftshoffnung der Demokraten gilt, den zuvor von den Republikanern gehaltenen Sitz mit einer mehr als deutlichen Mehrheit zu erobern. Obama ist damit erst das dritte afroamerikanische Mitglied im Senat. In Colorado behielt Ken Salazar knapp die Oberhand. Damit ist erstmals seit 25 Jahren wieder ein Latino im Senat vertreten. Für eine demokratische Mehrheit kam es nun auf die Ergebnisse in acht umkämpften Bundesstaaten an. Doch von diesen Senatoren-

posten konnten die Republikaner alle acht für sich entscheiden, nämlich Alaska, Florida, Georgia, Kentucky, North Carolina, Oklahoma, South Carolina und South Dakota. In diesen Staaten gewann Bush mit durchschnittlich 17 Prozentpunkten Vorsprung. In einigen engen Wahlkonkurrenzen dürfte das starke Votum für Bush den Ausschlag zugunsten des republikanischen Senatskandidaten gegeben haben.

Im neuen Senat, der im Januar seine Amtsgeschäfte aufnehmen wird, werden die Republikaner über 55 Sitze verfügen. Die Demokraten erhalten 44 Mandate, hinzu kommt das Mandat von Jim Jeffords aus Vermont, der im Frühsommer 2001 aus der Republikanischen Partei ausgetreten ist und seitdem in der Regel mit den Demokraten stimmt, aber als Unabhängiger gilt.

Besonders hart getroffen hat die Demokraten, daß ihr Minderheitsführer (*Minority Leader*) Tom Daschle in South Dakota gegen den früheren Abgeordneten John Thune knapp mit 49 zu 51 Prozent unterlag. Nach 1952 ist damit erstmals ein Senatsführer abgewählt worden.

Ähnlich wie im Repräsentantenhaus verfügen die Amtsinhaber im Senat über einen beträchtlichen finanziellen Vorteil gegenüber ihren Herausforderern. So standen etwa dem republikanischen Senator von Ohio, George Voinovich, 4,2 Millionen US-Dollar Wahlkampfgelder zur Verfügung, sein demokratischer Gegenkandidat kam auf lediglich 93.000 US-Dollar. Dem Demokraten Harry Reid aus Nevada standen 3,3 Millionen US-Dollar für den Wahlkampf zur Disposition, seinem Herausforderer knapp 15.000 US-Dollar. Zusätzlich gaben die Parteien für die 34 Wahlkämpfe jeweils 70 Millionen US-Dollar aus. Zusammen mit den Aufwendungen von Interessengruppen beliefen sich die Kosten für den Wahlkampf 2004 auf 600 Millionen US-Dollar.

Die Führungsmannschaften im Senat

Während die republikanische Führungsriege im Senat weitgehend unverändert bleibt, kommt es auf demokratischer Seite nach

der Wahlniederlage Daschles zu einer Reihe von Neubesetzungen. Um die Nachfolge Daschles als Minderheitsführer bewirbt sich Harry Reid aus Nevada. Reid hatte am Tag nach der Wahl bereits angekündigt, daß er dabei auf die Stimmen von 30 Senatoren zählen kann. Zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer (*Minority Whip*) der Demokraten dürfte der eher links orientierte Richard Durbin aus Illinois gewählt werden.

Bei den Republikanern bleibt Bill Frist aus Tennessee Mehrheitsführer (*Majority Leader*). Unterstützt wird er durch den Parlamentarischen Geschäftsführer (*Majority Whip*) Mitch McConnell aus Kentucky.

In absehbarer Zeit werden sich auch bei der Führung der Republikaner Änderungen ergeben, da bei der nächsten Wahl im Jahre 2006 der derzeitige Mehrheitsführer Frist aus dem Senat ausscheiden wird, um möglicherweise eine Präsidentschaftskampagne für das Jahr 2008 vorzubereiten. In den nächsten beiden Jahren dürften sich etwaige Nachfolger politisch positionieren und profilieren wollen, was die überparteiliche Kooperation im Senat weiter beeinträchtigen wird.

Große Aufmerksamkeit findet der Posten des Vorsitzenden des Rechtsausschusses. Für diesen Vorsitz ist derzeit Arlen Specter, Senator aus Pennsylvania, vorgesehen. Als Specter jedoch nach der Wahl ankündigte, daß es Richter, die sich in ihrem Amt als Abtreibungsgegner profiliert haben, schwer haben würden, von seinem Ausschuß bestätigt zu werden, intervenierte das Weiße Haus und zwang Specter, der als Abtreibungsbefürworter gilt, seine Äußerungen zurückzunehmen. Auch von seiten der religiösen Rechten wurde der Druck auf Specter erhöht. James Dobson etwa, der Vorsitzende von *Focus on the Family*, einer der einflußreichsten Gruppierungen der religiösen Rechten, erklärte öffentlich, daß Specter als Ausschußvorsitzender »ein Problem« sei und verhindert werden müsse. Der Ausgang dieser Episode dürfte ein frühes Indiz dafür sein, mit welchen Erfolgsaussichten konservative Gruppen in den

nächsten Jahren ihre politischen Anliegen auf die Agenda setzen. Nachdem diese Gruppen zu einem Großteil zum Wahlsieg George Bushs beigetragen haben, erwarten sie nun, daß ihre politischen Forderungen umgesetzt werden. Dies wirft die Frage auf, welchen Einfluß moderate Senatoren im 109. Kongreß überhaupt haben werden, über welchen Handlungsspielraum sie gegenüber der Führungsmannschaft im Senat sowie dem Weißen Haus verfügen werden oder ob die konservativen Senatoren die Arbeit des Senats prägen werden.

Profil des neuen Senats

Die Kongreßwahl 2004 hat die republikanische Fraktion quantitativ und qualitativ verändert. Sie konnte nicht nur ihre Mehrheit ausbauen, sie ist auch konservativer geworden, wie ein Blick auf die neuen Senatoren zeigt. Tom Coburn (Oklahoma), Johnny Isakson (Georgia), John Thune (South Dakota) und John DeMint (South Carolina) erhielten in ihrer Amtszeit im Repräsentantenhaus für ihr Abstimmungsverhalten im Konservativ/Liberal-Ranking des *National Journal* konservative Zustimmungswerte zwischen 70 und 100 Prozent. Darüber hinaus genossen sie Zustimmungswerte von teilweise hundert Prozent von seiten der *American Conservative Union (ACU)*. Richard Burr, der die Senatswahl in North Carolina gewann, stimmte in seiner Zeit im Repräsentantenhaus in 96 Prozent der Fälle im Sinne von Präsident Bush ab. Sein Kollege David Vitter, der erste Republikaner, der seit dem Bürgerkrieg in Louisiana zum Senator gewählt wurde, votierte in 99 Prozent der Abstimmungen im Sinne seiner Partei. Auch der neugewählte Senator aus Florida, der in Kuba geborene Mel Martinez, wird im Senat als ehemaliges Kabinettsmitglied Bushs ein wichtiger Alliiertes des Präsidenten sein. Diese Gruppe neuer Senatoren dürfte die Konsens- und Kompromißbildung im Senat erschweren. Im Zweifelsfall werden sie sich bei Abstimmungen wohl eher für ideologische als für parteitaktische Erwägungen entscheiden. Sie wer-

den zudem dazu beitragen, den Einfluß der moderaten Republikaner, zum Beispiel aus den Ostküstenstaaten, weiter zu schmälern. Mit 55 Sitzen ist die Mehrheit der Republikaner so groß, daß das gegebenenfalls abweichende Votum gemäßigter und unabhängiger Senatoren wie John McCain aus Arizona oder Lincoln Chafee aus Rhode Island nicht allzu stark ins Gewicht fällt.

Die demokratische Fraktion rückt im politischen Spektrum stärker nach links. Mit John Breaux aus Louisiana und Fritz Hollings aus South Carolina sind bei dieser Wahl zwei moderate Vertreter der Partei aus dem Senat ausgeschieden. Insgesamt läßt sich konstatieren, daß die beiden Pole im Senat durch die jüngste Wahl gestärkt, das vitale politische Zentrum jedoch geschwächt wurde. Es scheint keine gemeinsame Mitte von gemäßigten Demokraten und Republikanern mehr zu geben, die grundsätzlich zusammenarbeiten. Sollte es auch künftig eine Kooperation zwischen beiden Parteien geben, so wird sie auf bestimmte Politikfelder und konkrete Gesetzesvorlagen reduziert bleiben.

Vorteile der Mehrheitspartei

Die Mehrheitsfraktion im Senat kann auf vielfältige Vergünstigungen zurückgreifen. So stehen ihr aufgrund einer Übereinkunft beider Parteien etwa um ein Drittel größere finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung. Die Ausschußvorsitze werden nicht wie etwa im Deutschen Bundestag proportional auf die einzelnen Parteien verteilt, sondern fallen ausschließlich an die Mehrheitspartei. Dies ist von großer Bedeutung, denn in der Gesetzgebungsarbeit kommt den Ausschußvorsitzenden eine zentrale Rolle zu. So obliegt es ihnen, ob Gesetzesvorlagen behandelt oder liegen gelassen werden. Sie bestimmen über die Tagesordnung, setzen Anhörungen an, laden hierzu die Experten ein und entscheiden, ob und wann über spezifische Vorlagen abgestimmt wird und diese dem Plenum des Senats zugeleitet werden.

Das parlamentarische Procedere

Trotz ihrer Zugewinne haben die Republikaner die entscheidende Zahl der Sitze im Senat nicht erreicht: Mit 60 Stimmen nämlich kann ein sogenannter *Filibuster* beendet werden. Als *Filibuster* wird eine Marathonrede bezeichnet, mit der eine Minderheit die Verabschiedung eines Gesetzes durch die Mehrheitsfraktion zu verhindern oder wenigstens zu verschieben sucht, wobei hinter den Kulissen zumeist fieberhaft versucht wird, einzelne Senatoren der Mehrheitsfraktion von dem Beschluß abzubringen. Möglich wird diese Taktik durch eine Bestimmung der im Vergleich zum Repräsentantenhaus sehr liberalen Geschäftsordnung des Senats, der zufolge die Redezeit der Senatoren zeitlich nicht begrenzt ist. Heutzutage kann ein *Filibuster* mit den Stimmen von 60 Senatoren abgebrochen werden. Jedoch muß eine solche Abstimmung über das Beenden der Debatte mehrere Tage im voraus beantragt werden, so daß mit einem *Filibuster* immer noch viel Zeit gewonnen werden kann. Die Zahl 60 scheint für die Republikaner um so unerreichbarer zu sein, als selbst die Senatoren der Partei in der Regel nicht einheitlich abstimmen. Da es im Kongreß keine Fraktionsdisziplin gibt, fühlt sich jeder Senator vorrangig dem Interesse seines Bundesstaats verpflichtet, mit der Konsequenz, daß er gegebenenfalls anders abstimmen wird als der Großteil seiner Fraktionskollegen.

Im Hinblick auf andere parlamentarische Regeln bahnen sich unter republikanischer Führung Veränderungen an. So wollen einige republikanische Senatoren für ihre Fraktion die Möglichkeit einführen, bei der Besetzung von Ausschußvorsitzen vom Senioritätsprinzip abzuweichen. Bislange fiel ein Ausschußvorsitz stets an denjenigen Senator der Mehrheitspartei, der dem Ausschuß am längsten ununterbrochen angehörte. Nunmehr soll es der Führungsmannschaft mit dem Mehrheitsführer an der Spitze obliegen, die Ausschußvorsitze zu vergeben. Damit wird die zentrale Führung der republikanischen Fraktion gestärkt und ihr Einfluß auf die

einzelnen Senatoren ausgebaut. Angesichts ihrer gewachsenen Mehrheit wollen die Republikaner darüber hinaus jedem Ausschuß einen weiteren Sitz für einen ihrer Parteikollegen hinzufügen. Das würde etwa dem Rechtsausschuß zusätzlichen Handlungsspielraum bei der Entscheidung über Richterernennungen verleihen. Die Republikaner diskutieren auch eine Änderung der parlamentarischen Regeln des Senats, um *Filibuster* durch demokratische Senatoren, etwa bei Richterernennungen, verhindern zu können. Diese vorgeschlagenen Modifikationen dürften die Arbeitsweise des Senats grundlegend verändern und der des Repräsentantenhauses ähnlicher machen.

Themenfelder des 109. Kongresses

Einflußreiche Kongreßmitglieder der Republikanischen Partei haben Präsident Bush unmittelbar nach der Wahl aufgefordert, unverzüglich mit der Umsetzung seiner politischen Agenda zu beginnen. Sie stützen sich dabei auf Ergebnisse der am Wahltag durchgeführten *Exit Polls*, nach denen etwa 20 Prozent der Wähler sich bei ihrer Stimmabgabe vorrangig von moralischen Erwägungen leiten lassen. Von diesen 20 Prozent haben wiederum 80 Prozent für den Amtsinhaber gestimmt. Hilfreich für Bush könnte dabei sein, daß sämtliche Mitglieder der republikanischen Führungsriege im Kapitol sehr konservativ sind. So forderte etwa Rick Santorum, ein konservativer Senator aus Pennsylvania, die Demokraten auf, sich endlich bewußt zu werden, daß sie seit zehn Jahren nicht mehr die Mehrheitspartei seien und in Washington nichts mehr zu sagen hätten. Der Senat, so Santorum weiter, sei nach rechts gerückt, und das sei die von den Wählern gewünschte Richtung. Der Autoritätsgewinn des Präsidenten und die vergrößerten Mehrheiten für die Republikanische Partei in Senat und Repräsentantenhaus könnten in der Tat die Chancen für Gesetzesinitiativen erhöhen, die im letzten Kongreß nicht zur Abstimmung kamen, wie etwa die Energievorlage, die Ölbohrungen

im Gebiet des *Arctic National Wildlife Refuge* in Alaska zuläßt und bislang stets an den Demokraten gescheitert ist. Auch in die Debatte über Obergrenzen für medizinische Schadensersatzklagen dürfte Bewegung kommen. Für diese Initiative konnten die Republikaner bisher ebenfalls keine Mehrheit zustande bringen.

Die Reichweite des neuen Mandats von Präsident Bush wird von Mitgliedern der Republikanischen Partei allerdings auch skeptisch beurteilt. So meinte Senator Jon Kyl aus Arizona nach der Wahl, Bush habe am ehesten ein Mandat für den Kampf gegen den Terrorismus, da dieses Thema den Wahlkampf geprägt habe. Ein Mandat für innenpolitische Reform habe der Präsident dagegen sicherlich nicht, auch wenn er, Kyl, sich das wünschen würde.

Auf der innenpolitischen Tagesordnung und damit im Fokus des Kongresses stehen für Präsident Bush in den nächsten Jahren folgende Themen, die zum Teil auch in der eigenen Partei kontrovers beurteilt werden: **Social Security.** Die Frage der Reform der sozialen Sicherungssysteme steht für Bush nach eigener Aussage auf der Agenda seiner zweiten Amtszeit ganz oben. Seinen Vorstellungen zufolge soll jungen Berufstätigen die Möglichkeit eingeräumt werden, Lohnsteuern zur Altersvorsorge auf private Konten einzuzahlen. Er stützt sich dabei auf die Privatisierungsempfehlungen einer Kommission aus dem Jahre 2001, die vom damaligen demokratischen Senator aus New York, Daniel Patrick Moynihan, geleitet wurde. Die prognostizierten Kosten für diesen Vorschlag belaufen sich auf etwa zwei Billionen US-Dollar über zehn Jahre. Die Empfehlungen stießen auf harsche Kritik der Demokraten, die *Social Security* als eine ihrer Domänen ansehen. Die Reform ist Teil der Idee der *Ownership Society*, die Präsident Bush im Wahlkampf des öfteren propagiert hat. Nach diesem Konzept soll der einzelne in stärkerem Maße Verantwortung für seine Alters- und Gesundheitsvorsorge übernehmen. Wie dies im einzelnen geschehen soll, ist im Zuge der Bush-Kampagne nicht deutlich geworden.

Steuern. Eine weitere Priorität für den Präsidenten ist die Vereinfachung des Steuersystems. Unklar ist, ob Bush eine Art Einheitssteuer (*flat tax*) oder eine sogenannte Konsumsteuer bevorzugt. Im Wahlkampf hat er lediglich darauf verwiesen, daß er nach der Wahl zu diesem Thema eine Expertenkommission einberufen wolle.

Richterernennungen. Eine der ersten Herausforderungen, denen Bush sich in seiner zweiten Amtszeit ausgesetzt sehen wird, ist die Ernennung eines neuen Richters für den Obersten Gerichtshof. Im Oktober 2004 war bekannt geworden, daß der derzeitige Vorsitzende des Gerichtshofes, William Rehnquist, an Krebs leidet und vermutlich in den nächsten Monaten zurücktreten wird. Die Angelegenheit der Richterernennungen wird von konservativen und religiösen Gruppen mit großer Leidenschaft begleitet. Sie fordern, daß die neuen Richter unter anderem explizite Abtreibungsgegner sein müssen und unterziehen jeden Kandidaten einem entsprechenden Lackmustrast. Bush wird in dieser Sache vor der Frage stehen, entweder vorrangig seine Basis zufriedenzustellen oder – getreu seinem Motto aus dem Wahlkampf von 2000, ein »Versöhner, kein Spalter« zu sein – zu versuchen, einen moderaten Kandidaten zu nominieren, dem auch die Demokraten zustimmen könnten. Die Berufung eines strikten Abtreibungsgegners würde den erbitterten Widerstand der Demokraten hervorrufen, die bereits in der ersten Amtszeit des Präsidenten zehn seiner Richterernennungen für Berufungsgerichte durch *Filibuster* verhindert haben.

Gesellschaftspolitische Prioritäten. Auf die Tagesordnung zurückkehren dürfte angesichts der vergrößerten Mehrheit der Republikaner im Kongreß eine erneute Entscheidung über einen Verfassungszusatz zum Verbot von Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern. Eine erste Abstimmung war im Juli 2004 mit lediglich 48 Stimmen im Senat gescheitert. Für eine Annahme eines solchen Zusatzes ist neben der Zustimmung von 39 der 50 Einzelstaaten auch eine Zweidrittelmehrheit in bei-

den Kammern des Kongresses notwendig. Mit 55 Mandaten verfehlen die Republikaner die notwendige Marke von 67 Stimmen deutlich. Erneute Aufmerksamkeit erlangte dieses Thema jüngst, als sich die Wähler in elf Bundesstaaten in Referenden, die parallel zur Wahl am 2. November 2004 abgehalten wurden, für ein Verbot von Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern aussprachen.

Religionsbasierte Initiativen. Bush könnte in seiner zweiten Amtszeit auch versuchen, seine »religionsbasierten Initiativen« (*faith-based initiatives*) aus der ersten Amtszeit wiederzubeleben. Die Regierung möchte verstärkt religiöse Gruppen mit der Wahrnehmung sozialer Dienste beauftragen. In Bushs erster Amtszeit war die Umsetzung dieser Politik zunehmend vernachlässigt worden, weil es im Senat Bedenken gab, daß ein solches Programm die Trennung von Staat und Kirche gefährden könne.

Auf allen genannten Themenfeldern wird es für fiskalkonservative Republikaner darauf ankommen, daß die anvisierten Gesetzesvorlagen angesichts eines Budgetdefizits von 414 Milliarden US-Dollar und einer Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von 7,4 Billionen Dollar nicht zu kostenintensiv ausfallen. Bereits am Ende der ersten Amtszeit Bushs wurde aus dem fiskalkonservativen Lager deutliche Kritik an der Administration geäußert. Die Fiskalkonservativen könnten zudem statt der gesellschaftspolitischen Themen eher die Bedeutung wirtschafts- und haushaltspolitischer Themen betonen wollen. Damit gerieten sie in Widerspruch zu den konservativen Gruppierungen und ihren Protagonisten im Kongreß, die Bush im Wahlkampf unterstützt und ihm nach eigenem Verständnis zur Wiederwahl verholfen haben.

Ausblick

In der ersten Amtszeit Bushs haben sich die Republikaner im Kongreß eher als Bestätigungsinanz der präsidentiellen Agenda verstanden denn als selbstbewußter oder

gar eigenständiger Akteur im politischen System. Es spricht einiges dafür, daß dies auch in einer zweiten Amtszeit Bushs so bleiben wird.

Im präsidentiellen Regierungssystem der USA stehen sich laut Verfassung Exekutive und Legislative in einem System der *checks and balances* gegenüber, anders als etwa im parlamentarischen System der Bundesrepublik, wo die Regierung aus dem Parlament hervorgeht und von einer parlamentarischen Mehrheit kontinuierlich gestützt wird. Der Präsident kann sich demnach *prima facie* nicht automatisch auf eine Mehrheit stützen, sondern muß für jede Gesetzesvorlage eine neue Mehrheit suchen, und zwar bei den Mitgliedern beider Fraktionen, denn es gibt im Kongreß keine Fraktionsdisziplin.

Die derzeitige machtpolitische Konstellation im politischen System der USA läßt nicht nur befürchten, daß die grundlegenden Unterschiede zwischen Exekutive und Legislative verwischt werden, sondern auch, daß die robusten republikanischen Mehrheiten in den nächsten vier Jahren auch erheblichen politischen Einfluß auf die dritte, die rechtsprechende Gewalt, ausüben könnten.

Die Demokraten werden sich in den nächsten zwei Jahren bemühen, die Republikaner im Kongreß sowie Präsident Bush aggressiv anzugreifen, um für die nächste Wahl 2006 deutliche Kontraste herauszuarbeiten und den Wählern eine klare Alternative zu bieten. Allerdings hat dieser Kurs in den letzten beiden Jahren in Teilen der Demokratischen Partei für viel Kritik gesorgt und unter anderem zur Abwahl von Tom Daschle geführt, dem viele Wähler eine zu weitgehende Behinderung der politischen Agenda von Präsident Bush vorwarfen. Die entscheidende Frage für das neue demokratische Führungsteam wird sein, ob, wann und wie auf ausgewählten Themenfeldern eigene Schwerpunkte gesetzt werden sollen und können.

Präsident Bush bleibt nur ein kleines Zeitfenster, um seine Agenda umzusetzen. Spätestens ab Beginn des Jahres 2006 wer-

den sich die Kongreßmitglieder auf die Wahl im November 2006 vorbereiten, unmittelbar danach werden sich Senatoren in beiden Fraktionen für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur im Jahre 2008 in Stellung bringen. Es steht daher zu vermuten, daß die wichtigsten Entscheidungen der zweiten Amtszeit Bushs schon bald, im Laufe des Jahres 2005, gefällt werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364